Wir wollen „mehr Demokratie wagen!“



Die Ergebnisse der Gemeinwohl-Werkstatt vom 15. Juni 2022 machen Mut, sich mit Zuversicht an die nächsten Schritte auf dem Weg zur Etablierung einer dauerhaft wirksamen Gemeinwohlcontrolling-Instanz heranzuwagen. Diese soll jene Parteiendemokratie partizipativ korrigierend ergänzen, die sich nach den Erkenntnissen von Emanuel Towfigh „offenkundig überlebt“ hat.

Um ein "gutes Leben für alle" gewährleisten zu können, ist u. a. auch "die begrenzte Form der [unter Druck geratenen] Demokratie selbst zu überwinden, gewissermaßen [durch] eine Demokratisierung der Demokratie." (Alina Brad/Etienne Schneider) Die Teilnehmenden der Gemeinwohl-Werkstatt haben sich deshalb darauf geeinigt, *mehr Demokratie wagen* zu wollen (Willy Brandt, 1969). Gleichzeitig wurden damit auch Antworten auf die von Therese Stickler gestellte Leitfrage erarbeitet. Diese stellen als „Lösungen“ eine gute Ausgangsbasis dar für die Formulierung eines von einer breiten Zustimmung getragenen Projekts:

Eine erste inhaltliche Analyse unterstreicht jene Punkte, die in den nachfolgenden Aktivitäten zu beachten sind:

- **Bewusstseinsbildung**: „der Gesellschaft klar machen, dass es in ihrem Interesse ist“
- **Vertretungsinstanzen**
  a) aufbauen: Bürger·innenräte mit repräsentativer Zufallsauswahl (auch ohne Wahlrecht) ua auch zum Thema „politische Teilhabe“ und
  b) stärken: „mehr Mitentscheidung durch Volksanwaltschaft (Ombudsleute)“
- „**Netzwerke schaffen**„
  a) zB als „gemeinsame Interessensvertretung zur Stärkung der Wahlbeteiligung und politischen Teilhabe“ sowie
  b) als eigenes „vorbereitendes Arbeitssetting mit Expert·innen“ auf Betriebsrats- & Verwaltungsebene
- Mehr (Mit-)**Entscheidungskompetenz** zB für Bürger·innenräte führt unweigerlich zum letzten Punkt:
- „Öffnung des **Bundesrat**es für Nicht-Mandatare“ abseits eines parteipolitischen Umfelds



Die vorliegenden GWW-Ergebnisse geben Anlass zur Hoffnung, dass „Philosophenkönig·innen“ nach entsprechender „Aktivierung der Öffentlichkeit“ eines Tages (immerhin) im Rahmen einer parlamentarischen Gemeinwohlcontrolling-Instanz „das Herrscheramt nur als eine ganz unerlässliche Pflicht übernehmen in völligem Gegensatz zu den gegenwärtigen Leitern der einzelnen Staaten„. (S 183)

Quelle: https://gemeinwohlcontrolling.net/2022/06/23/mehr-demokratie-wagen

Quintessenz mit Handlungsanweisung

Ist Partizipation „nur möglich, wenn Menschen auf Entscheidungen Einfluss nehmen können", dann braucht es auch einen „repräsentativen Querschnitt der Gesellschaft" in den „politisch zuständigen Institutionen". (Zitate: Martin Jäggle)

Wer sonst sollte in einer pluralistisch-repräsentativen Demokratie zuständig und damit auch verantwortlich sein für die immer wieder aufs Neue erforderliche „Gemeinwohlkorrektur von Parlamentsentscheidungen„?

Werdet politisch aktiv!

Die von Stefan Müller-Doohm ins demokratiepolitische Auge gefasste „Aktivierung von Öffentlichkeit" zur Erzeugung von „Druck auf das politische System" wird von Parteien, Medien und sonstigen Eliten gar nicht erst erwähnt, bei Bedarf kleingeredet oder durch eine alternative Erzählung von der Verantwortung des Einzelnen ersetzt.

Die Basis einer demokratischen Verfassung, mit der das Prinzip der Maximierung von Freiheit durch Selbstbestimmung rechtsgültige Gestalt annimmt, ist *zum anderen* eine autonome, pluralistisch strukturierte Öffentlichkeit. Damit sich innerhalb der Öffentlichkeit die rationalitätsfördernde Kraft politischer Auseinandersetzungen in der Form von Deliberationen freisetzen kann, muss sie als ein Raum der Meinungs- und Willensbildung institutionalisiert werden, der von einzelnen Akteuren, aber gerade auch von Assoziationen, Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen und Protestgruppierungen ausgefüllt wird. Deren politisches Engagement – bis hin zum zivilen Ungehorsam – zielt auf eine Aktivierung von Öffentlichkeit, die – vermittelt über die Medien der Massenkommunikation – Druck auf das politische System ausübt.

Stefan Müller-Doohm, in: Die Zivilisierung des globalen Kapitalismus und die Zukunft Europas, erschienen in: Habermas und der Historische Materialismus, hrsg. von Smail Rapic, Freiburg: Karl Alber, 2. Aufl., 2015, S 211

Allein mit dem vorbildhaften Verhalten des Einzelnen in der Erziehung oder bei unseren Kaufentscheidungen werden wir die Welt nicht retten. Wenn wir bei der nächsten Podiumsdiskussion wieder darauf hingewiesen werden, sollten wir aufstehen und widersprechen. Unsere Gewissheit dafür nährt sich aus dem leicht beobachtbaren Umstand, dass Jahrzehnte nach der Einführung von fair gehandelten Produkten die Nachfrage danach weiterhin gering ist. Dasselbe trifft auf die Wirkung bei den mit Vorteilen bedachten Betroffenen zu. Der Neokolonialismus hat dadurch nichts von seinem Schrecken verloren. Selbstverständlich soll die Würdigung von Bemühungen im Rahmen des fairen Handels damit nicht geschmälert werden.

Was es also braucht sind zivilgesellschaftlich erfolgreiche Allianzen wie jene, die zB die verpflichtende Einführung von Lieferkettengesetzen verlangen und bis zu deren Durchsetzung aktiv bleiben. Wenn wir im Sinne von Friedrich Heer „offen für die eigene Geschichte des Machtmissbrauches" sind, dann kehren wir vor der jeweils eigenen Haustür und setzen uns ein für eine effektive *Gemeinwohlkorrektur von Parlamentsentscheidungen* im Rahmen eines **institutionalisierten Pluralismus**. Neben Hans Kelsen und Karl R. Popper legte uns dafür auch ein Geistlicher den roten Teppich: Caritas-Präsident Dr. Michael Landau.



Landau wünscht sich einen "Armuts-Check" für Gesetze

Auch die Sozialhilfe gehört laut Landau geändert. "Die Abschaffung der Mindestsicherung war ein Fehler und in wesentlichen Punkten verfassungswidrig."

Der Spruch der Höchstrichter biete für die neue Regierung nun die Chance, genauer hinzuschauen und das Gesetz von der Lebenswirklichkeit der betroffenen Menschen her noch einmal zu reformieren. "Dieses Reformvorhaben fehlt im Regierungsprogramm schmerzlich", bedauert der Caritas-Präsident.

Quelle: https://kurier.at/politik/inland/landau-wuenscht-sich-einen-armuts-check-fuer-gesetze/400723728, Ausschnitte daraus

Landau für Armuts-Check

Ein erfreuliches Signal ist für Landau das Kapitel über die Gemeinnützigkeit. Ebenso positiv vermerkt Landau die Bekenntnisse zum Ausbau der Pflege und des Hospiz-Wesens. "Beides sind wichtige Themen, die viele Menschen berühren, und da gehen die Vorschläge in die richtige Richtung. Es gibt aber auch Felder, wo konkrete Antworten ausständig sind. Wir würden uns beispielsweise wünschen, dass künftige Gesetze und Verordnungen nicht nur einem Klima-Check, sondern auch einem Armuts-Check unterzogen werden, also jeweils überprüft wird, dass sie Kinder- und Altersarmut sinken und nicht steigen lassen."

Michael Landau: „Wir würden uns beispielsweise wünschen, dass künftige Gesetze und Verordnungen nicht nur einem Klima-Check, sondern auch einem Armuts-Check unterzogen werden, also jeweils überprüft wird, dass sie Kinder- und Altersarmut sinken und nicht steigen lassen." (Kurier, 2020-01-12)